



*Fraktion im  
Gemeinderat  
Stuttgart*

**Rede von**

**Stadträtin Rose von Stein**

**Stellvertretende Fraktionsvorsitzende**

**Freie Wähler Gemeinderatsfraktion**

**anlässlich**

**der 3. Lesung zum**

**Doppelhaushalt 2020/2021**

**im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart**

**20. Dezember 2019**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,  
verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Haushaltsplanberatungen geben dem Gemeinderat alle zwei Jahre die Chance, Schwerpunkte zu setzen.

Dieses Mal waren es deutliche Stellenzuwächse bei der Verwaltung und die Verabschiedung des Klimapakets, das dank der guten Wirtschaftslage und vernünftigen Doppelhaushalten in der Vergangenheit realisiert werden kann, um Stuttgart klimaschonender und klimaresistenter zu gestalten.

Auch wenn wir beim Aktionsprogramm Klimaschutz mit eigenen An- und Beiträgen sparsam waren, halten wir viele der vorgeschlagenen Maßnahmen für richtig und werden sie unterstützen.

Was wir in diesem Zusammenhang immer noch nicht nachvollziehen können, ist der Beschluss, eine mobile Surf-Anlage – die sogenannte „Citywave“ – auf dem Pariser Platz aufzustellen und mit einem Festbetragszuschuss in Höhe von 150.000 Euro aus dem städtischen Doppelhaushalt zu fördern. Wie die Stadtverwaltung in ihrer Stellungnahme ausführt, braucht es „für den Betrieb der ‚Citywave‘ über einen Zeitraum von rund 6 Wochen (...) 168 bis 185 Megawattstunden Strom“, den man sich aus unserer Sicht sparen könnte, auch wenn er aus regenerativer Erzeugung stammen sollte.

Sparsame Stellenzuwächse in der Vergangenheit, neue gesetzliche Auflagen und Aufgaben fordern einen deutlichen Aufwuchs an Stellen, den wir Freie Wähler in vielen Bereichen als notwendig erachten. Die Stellen, die wir für besonders wichtig erachten, haben wir beantragt – zum Beispiel beim Amt für öffentliche Ordnung, bei der Branddirektion, beim Jugendamt, beim Sozialamt, beim Gesundheitsamt oder bei den Ämtern, die sich mit dem Thema Bauen befassen.

Die Digitalisierung als eine der großen Herausforderungen unserer Zeit ist nur zu bewältigen, wenn dafür ausreichend Personal zur Verfügung steht. Daher unterstützen wir die dafür vorgesehenen Stellenschaffungen und das Gesamtkonzept „Digital MoveS“.

Vor 10 Jahren gab es im Zusammenhang mit dem Kommunalwahlkampf die sogenannte Tour de Toilette. Sie war der Ausgangspunkt eines groß angelegten Sanierungsprogramms für die Stuttgarter Schulen. Viele Schulen müssen heute nicht nur saniert werden, sie brauchen auch mehr Räume für neue pädagogische Konzepte und sie brauchen mehr Platz für Menschen.

Um dieses umfassende Programm sinnvoll und vernünftig abzuarbeiten, brauchen das Schulverwaltungsamt und das Hochbauamt mehr Stellen, deren Schaffung wir aus tiefer Überzeugung unterstützen.

Ziel aller Stellenschaffungen ist, die Verwaltung der Landeshauptstadt so aufzustellen, dass sie gesetzliche Aufgaben erfüllen und bürgerfreundlich wahrnehmen kann – kompetent, lösungsorientiert und ohne lange Wartezeiten!

Neben dem Mehr an Stellen für die Stadtverwaltung halten wir den weiteren Ausbau der Personalkostenförderung bei den freien und kirchlichen Kita-Trägern für sehr wichtig.

Solange wir einen so großen Mangel an Kitaplätzen haben und es den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz gibt, muss nach unserer Meinung sehr viel dafür getan werden, diesen dramatischen Mangelzustand zu lindern und am besten beheben. Dazu brauchen wir die freien und kirchlichen Träger, die gute Arbeit leisten, und daher werden wir unseren Antrag, im Laufe von drei Doppelhaushalten eine Personalkostenförderung in Höhe von 100 Prozent zu realisieren, heute erneut aufrufen.

Für den Doppelhaushalt 2020/2021 bedeutet dies eine Steigerung um 1,25 Prozent im Jahr 2020 und um weitere 1,25 Prozent im Jahr 2021. Im Sinne der Familien mit kleinen Kindern wollen wir die aktuelle Beschlusslage, wonach die nächste Erhöhung erst im Jahr 2021 kommen soll, nicht einfach hinnehmen. Nach der Erhöhung im laufenden Jahr, für die wir uns sehr eingesetzt haben, muss im nächsten Jahr eine weitere kleine Stufe zu einer besseren Personalkostenförderung realisiert werden! In diesem Zusammenhang finden wir es übrigens bemerkenswert, mit welcher Nonchalance das Theaterhaus oder andere, insbesondere kulturelle Einrichtungen regelmäßig gerettet oder großzügig finanziert werden.

In der Konstellation des neuen Gemeinderats und als weniger große Fraktion haben wir uns sehr auf die Wünsche und Forderungen der Stuttgarter Bürger konzentriert und vieles in ihrem Sinne beantragt.

So haben wir beispielsweise mehr Geld für Spielplätze, eine bessere Förderung für Jugendfarmen, Abenteuer- und Aktivspielplätze, Mittel für die Sanierung von Jugendhäusern und Gelder für die Jugendhilfe und den sozialen Bereich beantragt.

Von besonderer Bedeutung sind für uns auch diesmal wieder die Stadtbezirke. Mit unseren Anträgen zum Ausbau der Stadtteil- und Familienzentren, zu Planungsmaßnahmen im Städtebau, zur Stadtentwicklungsplanung, zur Verkehrsplanung und zu zahlreichen Einzelprojekten konnten wir viele wichtige Maßnahmen auf die Verhandlungslisten setzen und deren Finanzierung erreichen. Gut ist, dass der Investitionsfonds „Stadtteilzentren konkret“ aufgestockt werden kann, um Trading Down-Tendenzen in besonders betroffenen Stadtbezirken entgegenzuwirken.

In der 3. Lesung erwarten wir ein klares Bekenntnis des Gemeinderats, dass ein kleines Vorhaben, nämlich der Fußgängersteg zwischen Münster und Hallschlag, seiner Realisierung endlich erkennbar näher rückt. Dieses Vorhaben wurde bereits im Jahr 2000 in Angriff genommen.

Liest man in den alten Unterlagen, so wurde das Projekt in den Bezirksbeiräten Münster und Bad Cannstatt bereits 1997/1998 einstimmig befürwortet. Seit der Bürgerversammlung in Münster am 13.11.2000, also vor demnächst 20 Jahren, ist das Projekt auch in der breiteren Bürgerschaft bekannt.

Seither gibt es von uns Freien Wählern immer wieder Anträge, den Steg zu realisieren – leider ohne Erfolg. Offenbar ist insbesondere in der jüngeren Vergangenheit das Thema „gute und vernünftige Rad- und Fußwege in den Außenstadtbezirken“ unbedeutend gewesen. Wir sind gespannt, wie das Vorhaben in den kommenden zwei Jahren weiterkommt. Wir bleiben dran!

Ich erwähne dieses Vorhaben in dieser Breite, weil es zeigt, wie Hoffnungen auf eine gute Anbindung des Bezirks und des Stadtteils genährt werden, um dann regelmäßig enttäuscht zu werden. Bürgerfreundliche Politik geht anders! Wir brauchen uns dann auch nicht zu wundern, wenn Politik als zahnlöser Tiger dargestellt wird, der nichts zuwege bringt.

Bei der Finanzierung der vielen vorbeschlossenen Ausgaben wird die FDP im federführenden Haushaltsbündnis mit Grünen, SPD, und PULS durch die Fraktionsgemeinschaft LINKE, SÖS, PIRATEN, Tierschutzpartei ersetzt. So gelingt es den Bündnispartnern, die Einführung einer Bettensteuer und die Rücknahme des Beschlusses zur intelligenten Grundsteuer durchzusetzen, um eine neue Einnahmequelle zu generieren und eine Mindereinnahme zu verhindern.

Eine Bettensteuer oder Kulturabgabe lehnen wir ab. Für uns ist diese Idee ein klassisches Beispiel für das Verhalten: „Wir geben Geld aus und andere sollen für die Kosten aufkommen.“ Wir nehmen die Informationen der Gastronomie ernst und sehen auch den enormen bürokratischen Aufwand, insbesondere für die Inhaber- und Familiengeführten Betriebe.

Zudem stünde es der Stadtverwaltung unseres Erachtens gut an, vor der Eröffnung einer neuen Abteilung zunächst Mängel an anderer Stelle abzustellen. Ich komme nicht umhin, an dieser Stelle die Stichworte Führerscheinstelle, Bürgerbüros oder Ausländerbehörde zu nennen.

Dass der Beschluss zur intelligenten Grundsteuer jetzt mithilfe der Grünen gekippt werden soll, obwohl das Vorjahresergebnis eine Senkung der Grundsteuer auf 420 Hebesatzpunkte zuließe, ärgert uns! Es waren die Grünen, die diesem von der CDU ersonnenen Modell in den Haushaltsplanberatungen Ende 2015 zugestimmt hatten! Die Entlastung der Stuttgarterinnen und Stuttgarter um 30 Millionen Euro bei den Wohnkosten – auch wenn sie im konkreten Einzelfall nur gering ausfallen mag – ist dieser Partei offenbar keinerlei Einsatz wert.

Sparen und verzichten fällt schwer und scheint in diesem Doppelhaushalt keine Priorität zu haben. Es wird am Ende ein großzügiger Haushalt werden, was im Moment noch geht. Wir Freie Wähler gehen fest davon aus, dass wir uns in Zukunft auch wieder mit Sparrunden auseinandersetzen werden müssen. Wir hätten dies auch schon in diesem Haushalt zum Ausdruck bringen können.

An dieser Stelle möchte ich eines nicht unerwähnt lassen: Für uns Freie Wähler gehört es bei Haushaltsplanberatungen dazu, dass die Fraktionen auch Streichungen vorschlagen. Unsere Vorschläge fanden durchgehend keine Mehrheit.

Der Spagat zwischen vielen Anträgen und keiner, beziehungsweise einer moderaten Veränderung der Grundsteuer gelingt uns Freien Wählern übrigens deshalb, weil wir wahrgenommen haben, dass wir mit unseren Anträgen zu diesem Doppelhaushalt viele Lücken der grünen Liste geschlossen haben. Die Mehrheitskonstellationen machen es einer vierköpfigen Fraktion leicht, sich weniger um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu kümmern.

Zum Schluss noch zwei Bemerkungen zum Ablauf der diesjährigen Haushaltsplanberatungen:

- 1.) In den ersten beiden Lesungen haben teilweise überraschende Koalitionen im ein oder anderen Fall für Mehrheiten gesorgt.
- 2.) Wir finden es äußerst seltsam, wenn Fraktionen wie die FDP oder die SPD zunächst viele Anträge einreichen und damit öffentlich vermitteln „Seht her, das ist uns wichtig, dafür treten wir ein.“, um diese dann in nichtöffentlichen Sitzungen still und heimlich zurückzuziehen. Ehrliche Politik geht anders!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !